

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
 Bezugspreis vierteljährlich 50 Mk., Einzelnummer 5 Mk.
 Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste unter Nr. 5047a.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Gummer
 Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rößlestraße 16.
 Fernsprecher: Nr. 8800. — Postkassenkonto Stuttgart 6803.

Anzeigengebühr
 für die sechsgepaltene Kolonelleiste oder deren Raum 50 Mark.
 Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Zum Festtag der Millionen

Der Mai ist da. Alle Räder stehn.
 Brüder, laßt rot die Banner wehn!
 Brüder, kommt mit, die Arbeit marschieret:
 Es werden unsere Kräfte heute ausprobiert.



Tausendfach dröhnt unser schwerer Schritt,
 Und sturmfrohe Falken fliegen mit.
 Die Arbeit marschieret! Arbeit sei frei!
 Völker der Erde, herbei! herbei!

Wir können das Alte morgen zerfälagen,
 Wenn geeint wir den letzten Sturmflug wagen.
 Die Menschheit will vorwärts, Neues will sein —
 Völker der Erde, kommt alle in unsern Bund hinein!

Mag Doriu.

So ist's. Alle Maientage sind Kampftage der Arbeiterschaft gewesen; aber noch keiner in so ausgesprochenem Maße wie dieser, der drei- unddreißigste. Denn noch kein Erster Mai hat einen so weltweiten Kampf zwischen Kapital und Arbeit erlebt, noch keiner ein Ausbeutertum von solcher Habgier und Anmaßung gesehen, noch keiner so viele Hunderttausende von Arbeitern gehabt, die lange Wochen mit dem Unternehmertum in schwerer Fehde liegen.

Vom Jahre 1890 an feiert das aufgeklärte, weiterbildende Proletariat den Ersten Mai. In diesen Jahrzehnten hat es Jahr für Jahr den Gedanken des Ersten Mai gefeiert, seine Forderungen verkündet, die Einführung des Achtstundentags, Verbesserung des Arbeiterschutzes, Beseitigung des Militarismus und Unterbindung der Kriegsgefahr verlangt. Eine kleine Schar nur war es anfänglich, die es wagte, doch wenigstens diesen einen Tag frei zu sein, um für das Wohl der Arbeiterklasse und der Menschheit zu werben. Diese kleine Schar achtete nicht der Widerstände, spottete der Gefahren, nahm die Opfer auf sich, die ein autokratisches Unternehmertum mit seinen Polizeitreuen auferlegte. Der Proletarier, der dem Ruf des Ersten Mai folgte, sich in Feiertagskleider warf, die rote Nelke ins Knopfloch steckte und in dem Hausen der malleiernden Genossen mitmarschierte, wußte, daß er einer Sache diene, die viel zu hehr war, als daß die Opfer gezählt werden durften.

Aus dem opfertwilligen, kampffrohen Häuflein der ersten Jahre wurde allgemach eine millionenstarke Armee. Der Gedanke des Ersten Mai griff weiter, seine Forderungen wurden immer vielstimmiger und lauter verkündet. Aber doch noch nicht vielstimmig, doch nicht nachdrücklich genug. Ansonsten es unmöglich gewesen wäre, die Menschheit einmal mehr einer gräßlichen Blutkur zu unterwerfen. Die Mehrzahl der Menschen wollte die Sprache des Ersten Mai noch nicht hören, sie regte keine Hand, seine Forderungen zu verwirklichen; sie hörte lieber den Schrei der Rebange, lieber die scheußliche Mär von Waffentaten und Heldenruhm und schien ihre Hände nur zu haben, um Waffentaten zu ermöglichen und Säbelschleifern Lorbeer zu winden. Für ihr Tun und Unterlassen ist sie im Weltkrieg bestraft worden; sie wird weiter zu büßen haben, wenn sie den Ruf des Ersten Mai weiter überhören, nichts mehr für die Verwirklichung seiner Forderungen tun sollte.

Wie richtig das war und ist, wird durch nichts eindringlicher dargetan, als durch den weltweiten Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie, dessen Zeugen wir jetzt sind; wird durch nichts besser beleuchtet, als durch das Vorhandensein von Hunderttausenden von Ausgesperrten und Streikenden in Amerika und England als auch in Deutschland und Skandinavien. Allüberall Fortsetzung des Krieges, wenn auch mit anderen Mitteln, im Grunde jedoch zu dem einzigen Zweck, Beute zu machen.

Der kapitalistischen Habgier wurde im Kriege die Arbeiterschaft strupellos geopfert, ihr wird sie auch jetzt im Frieden geopfert; diese Opferung wird so lange weitergehen, als sich die Geopferten nicht entschließen, die Kapitalistenklasse zu opfern.

Die Opferung der kapitalistischen Gesellschaft ist unerlässlich, soll der Urquell der Kriegs- und der Friedensqual nicht weiter sprudeln. In der Tat. Die kapitalistische Gesellschaft beruht auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, wodurch die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft wie die Anhäufung von Profit ermöglicht wird. Dieser treibt zur Unterjochung des arbeitenden Volkes, zur Jagd nach neuen Absatzgebieten und nach Herrschaft über fremde Völker. Der Drang, der imperialistische, heißt Kriegsschiffe bauen und Kasernen füllen, heißt die Waffen gegen wettbewerbbende Kapitalistenklassen und Völker gebrauchen. Solange also das Privateigentum an Produktionsmitteln besteht, ist die Möglichkeit, andere Menschen auszubeuten, gegeben, kann Profit aufgeschneidert, wird nach Absatzgebieten und Beherrschung von Völkern und Arbeitern gesagt, der Militarismus gepflegt und Krieg mit allen seinen Schrecken geführt werden, solange wird die Arbeiterklasse im großen ganzen hilflos

zwischen der Szylla der Lohnkürzung und der Charybdis der Teuerung elingekelt sein.

Damit ist gewiß nichts neues gesagt. Von Maientag zu Maientag ist die Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums als das einzig wirksame Erlösungsmittel gepriesen worden. Für die Mehrzahl der Leidtragenden umsonst. Sie ließ es beim Klagen, Sehnen und Hoffen betenden. Anstatt selbst die allein rettende Tat zu wagen, schaute sie aus nach einem Mammut von Kraft, Weisheit und Uneigennützigkeit, der das Hellstwert für sie vollbringe; nach einem Messias, der die Unterdrückten und Drangsalterten aus der Wüste in das Kanaan führe, allwo Milch und Honig fließet. Dieser Anlauf, die Tat selbst zu wagen, ist das ungemilderte Weiterbestehen des Urquells des namenlosen Leids zu verdanken. Freilich auch dem Unvermögen, die Vorbedingung zum Gelingen der Tat zu erfüllen.

Diese Vorbedingung ist nichts anderes als die Einheitslichkeit im Denken, Wollen und Tun der Leidtragenden. Daran gebrach es bislang in starkem Maße. Die deutsche Arbeiterklasse weiß noch von den Nobembertagen her, welsch ungeheure Machtfülle aus dieser Einheitslichkeit quillt. Über das monarchische System war sie eines Sinnes. Einheitslich wollte sie das fluchbeladene Regime des Obrigkeitstaates mit seinen gekrönten und uniformierten Stützen auf den Schutthaufen der Geschichte werfen. Dem einheitlichen Willen blühte über Nacht der Erfolg. Noch mehr. Vor der einheitlich gerichteten Arbeiterklasse verlor die Bourgeoisie ihren Herrdünkel, vertrocknete sich die Nutznießer der Ausbeutung, von Gewissensnöten getrieben, in Keller und ländliche Einöden oder bettelten um Schutz beim Proletariat. Erst als sie sahen, daß der Riese Proletariat in seiner Gutmütigkeit gar nicht daran dachte, nach dem Bibelwort: Auge um Auge, Zahn um Zahn, zu handeln, kamen sie aus ihren Winkeln hervor; erst als der Riese, anstatt sich ungefümt an die Vollendung seiner geschichtlichen Mission zu machen, sich an die Vollendung der ihm Macht und Erfolg verbürgenden Einigkeit machte, fand die Bourgeoisie den alten Herrdünkel, die Anmaßung, die Unterdrückungslust wieder.

Die Einigkeit ist für das Proletariat die Mutter aller Macht und Siege. Doch diese Segensquelle hat es sich noch immer nicht vollständig zu sichern gewußt. Noch immer ist es durch Meinungsverschiedenheiten, Parteischanzen und Landesgrenzen getrennt. Dieser Mißlichkeit verdankt der Feind sein Leben, seinen Einfluß. Die Trennungslinien sind nun freilich, aber in viel zu langsamem Verschwinden begriffen. An der bölligen Beseitigung hilft auch der Gegner auf der ganzen Linie wacker mit. Die Rücksichtslosigkeit, womit das Unternehmertum die Arbeiter auspreßt, aussperrt, unterdrückt, ist in allen Ländern gleich schamlos; in der Betätigung des Herrdünkels geben die Metallindustriellen in England und Deutschland, in Amerika und Dänemark einander nichts nach. Aus einer solchen Gleichartigkeit des Drucks und der Ausbeutung muß bei den Gedrückten und Ausgebeuteten eine Gleichartigkeit der Gefühle, Gedanken und Strebungen sprießen und bei ihnen der Drang nach Uebersteigung der geistigen und sonstigen Trennungslinien allgemein unauffaltfam werden. Zu der ungetroffenen Hilfe von außen hat sich die bewußte Tat von innen zu fügen, soll das Werk der proletarischen Einigung und damit das Werk der proletarischen Erlösung endlich gelingen.

Der Weltfeiertag der Arbeit ist an sich schon der vorzüglichste Werber der proletarischen Einigung. Denn an diesem Tag werden auf dem ganzen Erdenrund die Proletarier von gleichartigen Gefühlen und Gedanken zusammengeführt. Der millionenfältige Gleichklang des Herzschlages und der Gelfter an diesem Feiertag muß den Wunsch nach brüderlichem Zusammenwirken am Werktag stärken; muß den Drang nach bölliger Vereinigung aller Kräfte untwiderstehlich machen, ohne welche der Urquell des Leides der Menschheit und der Arbeiterklasse nicht zu verstopfen ist.

Von diesem Wunsche befeelt, von diesem Drange bewegt, laßt ihn uns feiern, den dreiunddreißigsten Maientag!

Geldknappheit und Wirtschaftskrise

Ein Ausweg nach Rußland?

Der wissenschaftliche Sprachgebrauch pflegt als Geldmarkt Angebot und die Nachfrage kurzfristigen Kapitals zu bezeichnen, wie es vornehmlich im Kontokorrent-, Wechseldiskont- und Lombardgeschäft vermittelt wird. Unter Kapitalmarkt hingegen versteht man das Angebot und die Nachfrage nach langfristigen Krediten, die meistens in „Effektenform“ (Aktien, Obligationen, Pfandbriefe) gegossen werden. Beides sind hochentwickelte Spielarten der modernen Kreditwirtschaft, ohne die unser kapitalistisches Getriebe überhaupt nicht mehr zu denken ist. In beiden Fällen werden für Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr die nötigen Kapitalien unter Vermittlung des Bankentums zur Verfügung gestellt. In der Tagespresse pflegt man dieses Hin und Her zwischen Angebot und Nachfrage von kurzfristigem und langfristigem Kapital kurzweilig als Geldmarkt zu bezeichnen. Wir wollen uns im folgenden diesem Brauch anschließen, denken uns also unter Geldmarkt eine Art Kapitalreservoir, eine Talperré meinerseits, von der aus die Beiderläufe der Industrie bewässert werden, wobei die Banken die Rolle von Schöpfen und Pumpstationen übernehmen.

Dem Leser wird es ohne weiteres klar sein, wie wichtig die Beobachtung der Wasserstandsverhältnisse dieser Talperré zur Beurteilung der Konjunkturalentwicklung ist, mit anderen Worten: festzustellen ob der Geldmarkt flüssig, also reichlich Kapital für das Unternehmertum vorhanden, oder ob das Geld knapp und teuer ist. In Deutschland hat die stetig steigende Aufblähung des Geldmarktes durch Banknoten und Darlehenskaufschneide seit einigen Jahren einen unerhörten Kapitalzufluß geschaffen. Geld war, trotz steigender Preise und sonstiger Schwierigkeiten, über die als Begleiterscheinung der Inflation hier nicht gesprochen werden kann, immer zu haben. Der deutsche Produktionsorganismus konnte durch umfassende Neuanlagen, Zusammenklüffe (Interessengemeinschaften, Fusionen) unter Zuhilfenahme gewaltiger Kapitalerhöhungen mit der Wiedereroberung der durch Krieg und Friedensvertrag verlorenen Stellung beginnen.

Die geradezu unheimliche Flüssigkeit des deutschen Geldmarktes hat bisher den Kapitalbedarf der deutschen Volkswirtschaft befriedigen können. Seit zwei Monaten aber machen sich wachsende Beklemmungserscheinungen bemerkbar. Die Banken legen größeres Gewicht auf regelmäßige Einlagen ihrer Depositionskunden, abseits sind sie in der Begebung von Krediten vorsichtiger und wählerischer geworden, ein Vorgang, der gelegentlich in der Fachpresse sogar mit dem Ausdruck „Kreditrationierung“ belegt worden ist. Auch sonst ist steigende Kreditumluft unter den Leihkapitalisten zu beobachten. Der Volkswirtschaft hat nunmehr zwei Fragen zu beantworten: 1. welches sind die Triebkräfte dieser Entwicklung, 2. wie ist sie für die kommende Konjunkturalgestaltung zu bewerten?

Die erste Antwort ist nicht mit wenigen Worten zu geben. Als den kompliziertesten Wechselwirkungen, die zur gegenwärtigen Kreditbeschränkung führen, scheinen sich zwei Hauptlinien herauszuheben. Seit kurzem steht unsere Staatsfinanzwirtschaft unter einer Deflationstendenz, d. h. man bekundet den festen Willen, die Inflation abzustopfen, um auf diese Art die schwebenden Schulden zu vermindern, den Staatshaushalt also zu entlasten und die innere Kaufkraft der Mark zu steigern. Diese gewalttätige, an sich durchaus notwendige Zusammenfassung unseres Geldmarktes wird bekanntlich auch von den Alliierten gefordert (Autonomie der Reichsbank!), die übrigens in ihren eigenen Ländern solche Maßnahmen durchzuführen, Beispielsweise haben die Vereinigten Staaten im Jahre 1921 etwa 1 Milliarde Dollar, umlaufende Kaufkraft also, dem Verkehr entzogen, eine Maßnahme, wie gesagt, an sich richtige Maßnahme, die aber unter den jetzigen Krisenumständen der Weltwirtschaft die Lage der Union erschwert hat. Deutschland hat diese Bahn geschritten durch Abbau der Lebensmittelaufschüsse und sonstiger mit Hilfe der Notenpresse zwangsmäßig durchgeführter Vermögensmaßnahmen.

Mit dieser Tatsache nun hängt ein weiterer, versteifender, steilerer Prozeß zusammen: die Preisexplosion der letzten Wochen und Monate. Jeder weiß, daß sinkender Marktwert sich steigenden Preisen zu dokumentieren pflegt. Das ist gewiß auch jetzt so, aber daneben muß die fortschreitende innere Entwertung der Mark ins Auge gefaßt werden. Das Aufgeben der Volkswirtschaft und der schon genannten Staatszuschüsse bringt die Annäherung an die sogenannten Weltmarktpreise (etwa der Preis des Londoner Marktes) mit sich, damit auch ein gewaltiges Emporschnellen des inländischen Preisniveaus, dem gegenüber die Mark mehr und mehr an Kaufkraft verliert. Hochbetrieb der Tarifmaschine ist die gewerkschaftliche Folge dieser Entwicklung, für den Unternehmer aber bringt sie eine gewaltige Steigerung des Kapitalbedarfes für Rohstoffe, Maschinen, Löhne usw. Es ist sich, die er auf dem Geldmarkt zu beschaffen sucht. Diese Manipulationsmaßnahme ist nun trotz der neuen letzten Inflation so gewaltig, daß der bisher flüssige Geldmarkt zusammenschrumpft.

Darüber hinaus werden alle Kreise von dieser Stockung betroffen. Eine allgemeine Unsicherheit liegt in der Luft, die Ängere des Kapitalismus nurren düstere Prophezeiungen vom kommenden Umschwung, kurz: man wird mißtrauisch und hält sich zurück. Es ist in diesen Tagen der Messerschmittkonjunktur (Leipzig und Frankfurt) viel besprochen worden, daß einige Firmen Anzahlungen für Bestellungen verlangt haben, um die zur Fabrikation nötigen Rohstoffe besorgen zu können. Interessant war es auch, daß bei der letzten Marktblaße die Aktienkurve nicht entsprechend in die Höhe schossen, wie es im November 1921 gewesen war, bis dann plötzlich am „schwarzen Donnerstag“ das ganze Gebäude zusammenbrach. Warum blieb diesmal die Aktienhaufe aus? Weil nicht mehr das nötige Geld zur Spekulation da war. Hierher gehört auch die Klage, die jetzt der Reichsvorband der Industrie für den 140 Millionen Guldenkredit in Holland macht. Dieser Kredit dient zum Ankauf von Rohstoffen zur industriellen Verarbeitung und wird von einer besonderen Treuhändergesellschaft verwaltet. Er ist bisher nur etwa zu 25 v. H. in Anspruch genommen worden. Man empfiehlt ihn heute, weil man davon eine gewisse Erleichterung des deutschen Geldmarktes und eine Sicherstellung regelmäßiger Rohstoffeinkäufe erwartet.

Und nun zur zweiten Frage. Was bedeutet diese Versteifung für die kommende Konjunkturalentwicklung? Es gibt Leute, die diese Beklemmungen des Geldmarktes als Vorzeichen einer großen innerdeutschen Krise ansehen. Gewiß, die große Krise wird auch für uns einmal kommen, aber in kurzer Zeit nur dann, wenn die europäischen Wirtschaftsverhandlungen in Genua zu einem Erfolg führen, d. h. wenn man die Sanierungspolitik der deutschen Regierung durch Verbesserung des Marktwortes (internationales Finanzkonjunktural, Anleihe) unterstützt. Damit ist für uns die Stunde gekommen, wo die Valutastückmauer zusammenbricht und damit die deutschen Scheinkonjunkturalen und das gefährdete deutsche Valutadumping aufhören. Unsere Waren werden dann in geringerem Grade konkurrenzfähig sein, wobei die Wirkung der ausländischen Schutzzölle nicht vergessen werden darf. Eine Gesundheitskrise also, vom Standpunkt der kapitalistischen Wirtschaft aus gesehen, eine Krise aber, die zu schweren Auseinandersetzungen auf dem Arbeitsmarkt führen wird!

Über ihre Entwicklung und Dauer zu prophezeien, ist müßig. Dafür aber muß Sorge getragen werden, daß Deutschland für die Zeit, wo ihm die westeuropäischen und überseeischen Märkte verschlossen sind, Absatzgebiete nach Osten behält: Polen, die nördlichen Randstaaten und vor allen Dingen Rußland. Und darin liegt die gewaltige wirtschaftliche Bedeutung des von Genua aus verkündeten deutsch-russischen Abkommens und indirekt auch der russisch-baltischen Abmachungen in Riga, daß hier ein Weg angebahnt, ein Ventil geöffnet wird. Wie ernähren wir unsere Arbeiter während der Krise und wie helfen wir dem russischen Aufbau? Das ist jetzt die große Frage, und ich glaube, daß Russen und Deutsche ihrer Lösung in Genua einen Schritt näher gekommen sind. Dr. Hans Stein.

Für die gleitende Lohnskala

Das Korrespondenzblatt des A. D. G. polemisiert in seiner Nr. 11 lebhaft gegen die „Anpassung der Löhne und Gehälter an die Lebenshaltungskosten“ mit der Begründung, daß solche Lohnpolitik zum Untergang der Gewerkschaften führe. Der entscheidende Absatz dieses Artikels lautet:

„Die Lohnregelung ist kein neutrales Gebiet, von dem sich die Gewerkschaften ausziehen könnten, ohne sich selbst als erledigt zu erklären. In der Lohnregelung verhandeln Kapital und Arbeit über den Anteil des Arbeiters am Arbeitsertrag. Die Entscheidung hängt nicht lediglich vom wirtschaftlichen Können und sozialem Mühen, von der Einsicht und dem guten Willen der Verhandelparteien ab, sondern von dem Einfluß der Arbeiter als Wirtschaftsfaktor, von ihrer Organisationskraft.“

Hier wird wieder einmal, wie so oft, das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Vor allem sei festgestellt, daß wohl die meisten Befürworter der gleitenden Löhne sich darin einig sind, daß ohne vorherige genaue Festsetzung des unbeweglichen Lohnes keiner für die Einführung der gleitenden Löhne sein würde. In der Tat besteht ja auch in England die Einrichtung des Minimallohnes, der dem doppelten Vorkriegslohn entspricht und der tariflich festgelegt, von der gleitenden Skala nicht berührt wird, sondern nur der darüber hinaus gewährte Lohnanteil.

Wenn wir in Deutschland zur Einführung dieses Lohnsystems kommen wollen, dann müssen die nachstehenden Voraussetzungen beachtet werden, sonst wird wohl kein Gewerkschaftsmann dazu seine Zustimmung geben.

Die erste Voraussetzung ist die tarifliche Festsetzung eines festbleibenden Lohnanteiles, der von den Schwankungen des Lebensmittelmarktes unberührt bleibt. Die Höhe desselben muß natürlich dem begrißsweise — nicht zentral für das ganze Reich — errechneten Existenzminimum entsprechen, das allerdings nicht nach englischem Muster nur den doppelten Vorkriegslohn betragen dürfte, sondern weit höher sein müßte. Bei dieser Festsetzung muß noch genügend Organisationskraft aufgewendet

werden, so daß wirklich keine Gefahr für das Überflüssigwerden der Gewerkschaften besteht.

Dat man nicht bei Einführung der Kollektivverträge dieselben Einwendungen gehört, die im Laufe der Zeit aber glänzend durch die Tatsache widerlegt wurden, daß die Übertragung des Kampfes der einzelnen Arbeiter gegen die einzelnen Unternehmer auf die beiderseitigen Organisationen die Kräfte selbst nicht abgeschwächt, sondern eher noch verstärkt haben? Doch das nur nebenbei.

Die Höhe des beweglichen Lohnanteiles, also desjenigen Lohnes, der den Preisschwankungen und dem Ab- und Aufbau unterliegt, wird natürlich ebenfalls von den Vertragsparteien für die Zeit festgelegt werden müssen, wo die gleitende Skala beginnen soll. Dabei wird es genau so wie bei der Festsetzung des festbleibenden Lohnes oft hart auf hart gehen.

Die zweite Voraussetzung für die Einführung der gleitenden Lohnskala ist die Bestimmung des Zeitpunktes, wann der Ab- oder Aufbau des Lohnes eintritt. Denn dieser dürfte nicht sofort automatisch nach jeder Senkung oder Steigerung der Lebensmittel erfolgen, sondern erst nachdem die für den betreffenden Bezirk errechnete Indeziffer um einen bestimmten Satz gefallen ist, wobei man vorsichtshalber noch einen Zeitpunkt festlegen kann, um zu vermeiden, daß, wenn zum Beispiel gleich nach einem Abbau die Preise wieder steigen, somit auch sofort wieder ein Aufbau des Lohnes stattfinden muß. Dies würde in der Praxis untragbar sein.

Werden diese vorgenannten Bedingungen erfüllt, dann kann auch der ernsteste Gewerkschaftsmann der gleitenden Skala zustimmen; er wird es um so lieber tun, als er dann — endlich — auch mal Zeit findet, um an die anderen, nicht minder wichtigen Aufgaben der Gewerkschaft zu denken. Man sage nicht, daß es Bequemlichkeitsgründe seien, die die Befürworter einer anderen Lohnpolitik leiten. Nein, beileibe nicht. Lediglich die erste Sorge darüber erfüllt uns, daß die Fragen der Sozialgesetzgebung, Kranken-, Unfall- und Invalidenfachen, Gewerbe- und Kaufmannsgerichtswesen und Wahlen, das Schlichtungswesen, Schulung der Funktionäre nicht vollkommen vernachlässigt werden müssen und die Gewerkschaften gar nichts weiter als nur noch eine große Lohnbewegungsmaschine wären. Man konnte sich ja in den letzten drei Jahren keiner dieser wichtigen Aufgaben — man denke nur an die Schulung der Hunderttausende neuer Mitglieder — mehr widmen. Die Ergebnisse der Wahlen zu den verschiedenen Körperschaften boten ein erschreckendes Bild der Vernachlässigung. Und wenn in Cleveland, wie das Korrespondenzblatt bemerkt, der Verein der Bergarbeiter durch die gleitende Skala die Hälfte seiner Mitglieder verlor, dann war es vielleicht auch nur darauf zurückzuführen, daß man keine Zeit gefunden hatte, seine Mitglieder zu bilden und zu überzeugten Gewerkschaften zu erziehen. (Von dem vom Korrespondenzblatt angeführten Fall in Cleveland hat eine aufmerksame Durchsicht des Mine Workers Journal, dem Blatt der amerikanischen Bergleute, keinerlei Hinweis zutage gebracht. Schriftleitung.) Ganz zu schweigen von der Riesenaufgabe der Betriebsräte, die in jeder Gewerkschaft wohl den größten Teil der materiellen und geistigen Kräfte erfordern. Alles in allem: Werden die hier niedergelegten Punkte erfüllt, dann herbei mit der gleitenden Lohnskala. L. Segler.

Zuständigkeit des Demobilisationskommissars bei Tarifstreitigkeiten

Am 30. September 1921 (III. 28/21) hat das Reichsgericht durch grundsätzliche Entscheidung ausgesprochen, daß der von der zuständigen Stelle für allgemein verbindlich erklärte Tarifvertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer des betreffenden Gewerbes auch für alle Außenleiter verbindlich wirkt. In einer neuen grundsätzlichen Entscheidung vom 7. März 1922 erklärt der höchste Gerichtshof den Demobilisationskommissar gemäß § 28 der Einleitungsverordnung vom 12. Februar 1920 für befugt, Schiedssprüche in Tarifstreitigkeiten für verbindlich zu erklären. Der Entscheidung liegt folgender Lohnstreit zugrunde:

Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands beantragte im Anfang des Jahres 1921 bei der Vereinigung der Hartsteinindustriellen der Oberlausitz in Dresden eine Erhöhung der damals 350 Prozent betragenden Teuerungszulagen auf die Grundpreise der bestehenden Tarife um weitere 100 Prozent und warbte sich mangels einer Einigung an den zuständigen Schlichtungsausschuß in Wauchen. Dieser sagte die Erhöhung mit Wirkung vom März 1921 zu. Der Verband nahm den Schiedsspruch an, nicht aber der Verein der Hartsteinindustriellen, der vielmehr neue Verhandlungen anregte. Da die Verhandlung vor dem Demobilisationskommissar für die Kreis-Hauptmannschaft Wauchen zu keiner Einigung führte, erklärte der Demobilisationskommissar durch Bescheid vom 19. März 1921 den Schiedsspruch vom 3. März 1921 für verbindlich. Hierauf hat der Verein der Hartsteinindustriellen Klage gegen den Verband erhoben. Er begehrt richterliche Feststellung des Inhalts, daß die Mitglieder des Verbandes nicht berechtigt seien, aus dem Schiedsspruch Rechte herzuleiten, und daß die Verbindlichkeitsklärung durch den Demobilisationskommissar unzulässig sei. Außerdem hat der Kläger noch geltend gemacht, der Schlichtungsausschuß sei nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend zusammengesetzt gewesen.

Das Landgericht Wauchen und das Oberlandesgericht Dresden haben der Klage in diesem Umfange stattgegeben. Beide Gerichte erachten die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruchs durch den Demobilisationskommissar nicht für zulässig. Im Gegensatz hierzu hat das Reichsgericht unter Aufhebung des oberlandesgerichtlichen Urteils ausgeführt, daß der Demobilisationskommissar auf Grund des § 28 der Einleitungsverordnung berechtigt ist, Schiedssprüche auch in Gesamtarbeitsverträgen über Löhne, Gehälter oder sonstige Arbeitsbedingungen für verbindlich zu erklären. Das Reichsgericht begründet die Entscheidung in einem 16-seitigen Urteil und führt zum Schluß unter anderem aus, daß auch der Einwand des Eingriffs in den Fundamentalgrundsatz des § 105 der Reichsgewerbeordnung nicht stichhaltig sei. Maßgebend sei hier der festgestellte Wille des Gesetzgebers, der auch einen sofort geltenden Eingriff gewollt hat in der Absicht, allgemeine Streitigkeiten über Löhne und Arbeitsverhältnisse im Interesse eines ruhigen Fortgangs des Wirtschaftslebens so rasch wie möglich zu beenden und bis zum Eintritt wirtschaftlich beruhigter Zeiten den Arbeitsmarkt zu beleben. Die Sache mußte zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Oberlandesgericht zurückverwiesen werden, weil noch wegen der Behauptung der unvorschriftsmäßigen Besetzung des Schlichtungsausschusses Feststellungen zu treffen sind. (Mitteltelchen: VII. 748/21. — 7. 3. 22.) R. W. L.

Kulilöhne in Deutschland

Unter dieser Überschrift lesen wir in dem amerikanischen Arbeiterblatt St. Louis Labor: Nach einer Berliner Meldung verdienen deutsche Arbeiter, selbst die besser bezahlten, weniger als die Kuli in Siam, die bislang als die schlechtest bezahlten Arbeiter der Welt angesehen wurden. Nach den Angaben der Weltwirtschaftlichen Nachrichten ist der durchschnittliche Tagelohn eines Metallarbeiters, die noch verhältnismäßig gut entlohnt sind, etwa 100 M. Der siamesische Kuli erhält täglich 1 Tikel = 50 amerikanischen Centes oder 140 M. nach dem gegenwärtigen Stand des Wechselkurses. Während besser speichern die deutschen Kapitalisten Vermögen auf Vermögen und erfinden im Luxus.

Büchermarkt

„Die Wirtschaftskurve mit Indezahlen der Frankfurter Zeitung.“ Preis 15 M. einchl. Sortimentzuschlag. Verlag der Frankfurter Societätsdruckerei G. m. b. H., Frankfurt a. M. — Das erste Heft dieser neuen Vierteljahrsschrift bietet ein außerordentlich reiches und wertvolles Material zur Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland unter Heranziehung internationaler Vergleiche.

Die genossenschaftliche Gemeinwirtschaft. Von Otto Schenker. Entstehung, Arten, Aufgaben und Arbeitsweise, Stand und Ausbaumöglichkeiten. Veröffentlichungen der schiffischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft, Heft XV, 210 Seiten. Preis 25 M. Verlag Zahn & Saensch, Dresden. — Im Hinblick auf das enorme Wachstum der Genossenschaftsbewegung auf allen Gebieten — es bestehen zurzeit in Deutschland etwa 44 000 Genossenschaften und im letzten Jahre sind allein über 3000 Gründungen landwirtschaftlicher Art erfolgt — dürfte diese jüngste Veröffentlichung Interesse finden. Es sind hier ausführlich die einzelnen Arten der landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaften sowie die infolge der vielen Neugründungen auf diesen Gebieten auch besonders interessierenden Arbeits- oder Produktivgenossenschaften besprochen sowie die Konjunktur- und Bau- oder Wohnungsgenossenschaften. Besonders ist Wert gelegt auch auf die Erörterung der Erfahrungen und der Möglichkeiten des weiteren Ausbaues der verschiedenen genossenschaftlichen Institutionen.

Die Einkommensteuer vom Arbeitslohn (Lohnsteuer). Nach den neuesten gesetzlichen Vorschriften dargestellt und erläutert von Wilhelm Reil. Abte, auf der Grundlage des Gesetzes vom 20. Dezember 1921 umgearbeitete Auflage. Preis 4,50 M. Verlag der Schwäbischen Tagewacht, G. m. b. H., Stuttgart.

Schwermetalle	
Vanadin	5,5
Wismut	9,9
Antimon	5,7
Silber	6,72
Zinn	6,78
Chrom	6,74
Stahl	7,18
Mangan	7,28
Zink	7,29
Eisen	7,2
Stahl	7,7
Schmelzeisen	7,8
Reines Eisen	7,9
Nickel	8,82
Platin	8,88
Rubidium	8,7
Barium	8,7
Nickel	8,9
Kupfer	9
Bismut	9,9
Silber	10,6
Zinn	10,8
Platin	11
Blei	11,4
Gold	11,4
Platin	11,9
Ruthenium	12,2
Quecksilber	18,6
Wolfram	18
Uran	18,7
Gold	19,4
Iridium	21,2
Platin	21,5
Osmium	22,5

Der Late pflegt immer Wei für das schwerste Metall zu halten; die obige Skala zeigt, wie irrig diese Ansicht ist. Schon das flüssige Quecksilber ist erheblich schwerer wie Blei, während die Metalle Gold, Platin und Osmium nahezu doppelt so schwer wie dieses sind. Durch Zinn und Antimon wird das spezifische Gewicht zumeist etwas erhöht, weil die Metalle bei diesen Verfahren gleichsam etwas verdichtet werden, also weniger Raum einnehmen wie das unbeeinträchtigte Metall, was dasselbe ist, in einem bestimmten Raum ein höheres Gewicht vereinigen als ein gleich großer Raum des unbeeinträchtigten Metalls. Im gegossenen Zustande hingegen ist das Metall zumeist etwas leichter wie im geschmolzenen Zustande. Im flüssigen Zustande nimmt das Metall mehr Raum ein, ist schwerer als in festem Zustande, zieht sich aber beim Erstarren wieder etwas zusammen, es schrumpft, wie der Zahnschmelz laut, weswegen in der Metallherstellung das Gussmodell und ebenso auch die Gussform immer etwas über genommen werden muß, als das fertige Gussstück sein soll. (Fortsetzung folgt.)

Arbeiter als Laienrichter

Durch eine im vergangenen Jahre erlassene Reglementverfugung sollen auch Arbeiter in gr6oerer Zahl als Sch6offen und Geschworene herangezogen werden. Damit wird einer alten Forderung der Arbeiterschaft Rechnung getragen. Da besonders bei den Schwurgerichten ein erheblicher Prozentsatz von Straftaten zur Verhandlung und Aburteilung gelangt, deren Ursachen letzten Endes in den sozialen N6ten unserer Zeit zu suchen sind, so w6re eine noch st6rkere Heranziehung von Geschworenen aus dem Arbeiterstande durchaus am Platze. Es soll nicht verkannt werden, da6 auch unter den Geschworenen aus b6rgerlichen Kreisen Menschen mit warmem, f6hlendem Herzen sind, aber die gro6e Mehrzahl sieht doch der Not und Verzweiflung, die so manchen Menschen zum „Verbrecher“ werden lassen, ziemlich verbl6ndnislos gegen6ber.

So erfreulich nun eine st6rkere Vertretung aus Arbeiterkreisen als Laienrichter bei den Sch6offen- und Geschworenengerichten ist, so bedauerlich ist die Tatsache, da6, sofern der Betreffende nicht irgendwie als Angestellter (Gewerkschaft, Genossenschaft usw.) in Frage kommt, es ihm unm6glich ist, als Geschworener mitzuwirken. Da die Schwurgerichtsperioden sich oft, je nach der Anzahl der Verhandlung lebenden F6lle, wochenlang hinziehen, so ist es dem im Privatbetriebe Arbeitenden nicht zugumuten, w6hrend dieser Zeit seinen Arbeitslohn einzub6u6en. Der Lohnarbeiter ist also gezwungen, die T6tigkeit als Geschworener von vornherein abzulehnen, um seine Angeh6rigen nicht darben zu lassen. Aber auch dann, wenn er nicht verheiratet ist, kann er auf seinen Arbeitslohn nicht verzichten.

Dieser Zustand bedarf dringend einer 6nderung. Die Frage m66te in dem Sinne gel6st werden, da6 das Gesetz vom 14. Januar 1922 zur 6nderung des Gewerbegerichtsgesetzes auch f6r Sch6offen und Geschworene Anwendung f6nde. Dieses Gesetz bestimmt, da6 die Entsch6digung an Arbeitnehmerbesitzer f6r die Teilnahme an Sitzungen so bemessen wird, da6 der Unterschied zwischen der tats6chlich zu zahlenden Entsch6digung und dem nachweislich entgangenen Arbeitsverdienst ersetzt wird. Mit der Entsch6digung von t6glich 30 M., was zurzeit an die Geschworenen gezahlt wird, k6nnen bei den heutigen Preisen kaum die pers6nlichen Ausgaben gedeckt werden. Aufgabe der sozialistischen Parteien im Parlament w6re es, dahin zu dr6ngen (Geschieht schon Schriftleitung), da6 eine Verordnung in diesem Sinne erlassen wird, und zwar recht bald.

Schafft Herbergen!

Auf den in Nr. 7/8 stehenden Aufsatz: „Eines Handwerksburschen Klage“ gehen uns weitere Klagen zu, wovon wir wenigstens noch eine hier bringen wollen:

Kollege Reimers, der in der Nr. 7/8 der Metallarbeiter-Zeitung seiner Entt6stung 6ber schlechte Herbergsverh6ltnisse in M6hlheim a. d. Ruhr Ausdruck verlieh, scheint noch jung auf der Landstraße zu sein, denn sonst m66te er wissen, da6 der Handwerksbursche in den Augen der Beh6rden als Faulenzler und Vagabund gilt. Ist doch der erste Griff, wenn man sich bei der Polizei obdachlos meldet, der nach dem Buch der st6dtlichen Gesuchten. Entsprechend ist auch die Unterbringung. In den gro6en St6dten ist die Unterbringung der Obdachlosen ziemlich einseitig. Als Schlafgelegenheit dient meist die Drahtmatte (wie beispielsweise in K6ln) oder die Polstrikche. In 6berf6llten ungel6steten R6umen w6lgen sich tragend mit Urgeleier und Hautkrankheiten behaftete Leiber umher, die indes noch zufrieden sind, den ihnen f6r eine Nacht ein Dach 6berm Kopf verb6rgenden Schein von der Polizeiwache erhalten zu haben.

Kollege Reimers hat Gl6ck gehabt, da6 er nur ins Asyl geriet, statt die „st6dtliche“ Herberge zur Heimat aufzusuchen. Denn dort w6re er buchst6blich von H6hen aufgetrieben worden. 6berhaupt verdient es sich, einmal diese st6dtlichen N6chstenliebe unter die Lupe zu nehmen. Da werden des Morgens und Abends Nachachten abgehalten, die Suppe f6llt daf6r um so d6nner aus. Ober wo die Herbergen mit Wanderarbeitspl6tzen verbunden sind, m66fen die Wanderer f6r die ihnen ohnehin nach § 18 des WGB umsonst zustehende Verpflegung, die vielleicht einem Bert von etwa zwei Mark entspricht, mindestens nach der Wanderordnung des Herbergvereins Beihilfe vier Stunden arbeiten. Ich befand mich 1921 in Magdeburg. Mittellos, wie ich war, fiel mein Blick auf das Plakat eines Stadtmissionars, der H6lfsbed6rfigen Rat und Hilfe versprach. Ich ging hinein, denn wer sonst w6hle sollte auf die Bezeichnung H6lfsbed6rfiger Anspruch erheben? Mit der Vermittlung von zwei Tagen Arbeit w6re mir damals geholfen gewesen. Statt dessen bot mir der geistliche Herr die Unterbringung in einer ihm unterstehenden Arbeiterkolonie an, die mit landwirtschaftlichen Arbeiten besch6ftigt wurde. Bei zwei Mark t6glichem Verdienst (1921!) k6nnte ich mir in einigen Wochen, so meinte er, einige Erparnisse machen, womit ich dann weiter kommen k6nnte. Nat6rlich dankte ich. Christliche Stadtmission!

W6nscht der Gewerkschafter w6re es, der langsam aber sicher eintretenden Verminderung der Herbergen entgegenzuwirken und ein neu zu schaffendes Netz von Unterst6tzungsm6glichkeiten f6r den wandernden Metallarbeiter zu organisieren.

Theodor Schwarz †

Einer von der alten Garde ist dahingegangen. Theodor Schwarz wurde am 14. April 1841 in L6bel geboren. Nach dem Besuch der Armenerschule in L6bel erlernte er das Formschneidwerk. Angeregt durch eine Rede Lassalles, die er in der Fremde geh6rt hatte, gr6ndete er in seiner Vaterstadt eine Ortsgruppe des Allgemeinen Arbeitervereins. Wegen seiner politischen T6tigkeit wurde er gewahrgelassen. Kurz entschlossen fuhr er zur See. Dort trat er wieder f6r die Interessen der Seeleute ein und wurde erneut gewahrgelassen. Sp6ter gr6ndete er mit Gleichgesinnten den Zentralverein der Seemanns, dessen Vorsitzender er bis zur Verh6ngnisung mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband im Jahre 1901 war. Der Seemannsmission der Gewerkschaften Deutschlands geh6rte er von 1890 bis 1892 an. Schwarz vertrat den L6beler Kreis f6r die Sozialdemokratie im Reichstag. Im Krieg leitete er die Kriegskredite ab und schlo6 sich der sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft an. Ein außerordentlich arbeitsreiches Leben hat seinen Abschlu6 gefunden. Sowohl in der Gewerkschafts- wie in der Parteibewegung wird man das Andenken an Theodor Schwarz in Ehren halten.

Johann Schneider †

Erst vor wenigen Wochen hatte der Verband der Porzellan- und verwandter Arbeiter und Arbeiterinnen infolge des Hinscheidens seines zweiten Vorsitzenden, Genossen Belz, einen k6merziellen Verlust, und jetzt kommt schon wieder ein Trauerbot. Am 9. April starb der Redakteur des Verbandsorgans Die Kameise. Johann Schneider wurde am 7. Mai 1865 in Familienverband in Sch6ffen geboren. Er lernte als Porzellanarbeiter und kam als solcher durch einen recht gro6en Teil der einschlagigen Betriebe Deutschlands. Nach seinem im Jahre 1891 erfolgten Eintritt in den Reichsverband der Porzellanarbeiter, einem Vorl6ufer des Verbandes der Porzellanarbeiter, propagierte er mit allem Eifer die Sozialdemokratie der damals bestehende und getrennt existierenden Porzellanarbeiterorganisationen. 1899 wurde er zum Verbandssekret6r gew6hlt. In dieser Stelle blieb er bis 1919. Von da an war er Redakteur des Verbandsorgans.

Er litt schon seit Jahren an einem chronischen Augenleiden, das ihn nun auch vor vier Wochen zum letztmaligen Arztbesuche zwang. Eine kleine Infektion...

Gro6er Wind und starker Regen
Ist mir oftmals entgegen,
Ich darf mich, la6 es vorher geht —
Das Wetter will sein Fortgang haben.

Folge nicht der gedanklosen Menge, wenn du F6hrer sein willst.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 30. April ist der 18. Wochenbeitrag f6r die Zeit vom 30. April bis 6. Mai 1922 f6llig.

Zur Finanzierung der gegenw6rtig gef6hrten gro6en Streiks und Aussperrungen in Oskpreu6en und S6ddeutschland werden von den in Arbeit stehenden Mitgliedern vom 9. April (15. Beitragswoche) ab bis auf weiteres Extrabeitr6ge f6r die Hauptkassette in der H6he des geltenden Wochenbeitrags erhoben, so da6 doppelte Wochenbeitr6ge zum Einzug kommen.

Die Erhebung von Extrabeitr6gen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen H6he genehmigt:

Verwaltung	F6r die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragsers6hung
	I	II	III	
Altena	400	200	100	19. Beitragswoche
Amberg	300	100	50	19.
Wormen-Elsfeld	400	200	—	19.
Banzen	150	100	50	19.
Bachwitz	300	200	100	19.
Brieg	200	100	50	19.
Bunzlau	400	100	50	19.
Danzig	400	200	—	19.
Dortmund	400	200	100	19.
Friedenberg	400	300	100	19.
Furtwangen	300	300	100	19.
Gleiwitz	400	—	—	19.
Glogau	100	—	—	19.
G6hring	400	200	100	19.
Gro6sch	200	200	50	19.
Gro6-R6schen	200	200	100	19.
G6ttersloh	300	200	100	19.
Hainichen	400	200	50	19.
Hamm i. W.	400	200	100	19.
Hannover	400	200	—	19.
Hertzberg a. Elster	150	150	50	19.
H6rde	400	200	100	19.
Hierlohn	400	200	100	19.
Kaiserlautern	300	200	100	19.
Kamenz	200	100	—	19.
Krahh6tte	200	100	50	19.
K6tzingen	100	—	—	19.
K6nigsb6tte	400	200	100	19.
Kottbus	400	200	—	19.
Krefeld	400	300	100	19.
Lahnstein	400	200	50	19.
Leipzig	300	200	50	19.
Niegnitz	300	100	100	19.
Pippstadt	400	100	50	19.
R6rath	300	300	100	19.
Rugau	400	200	50	19.
Sachsenwalde	100	100	50	19.
S6bel	300	100	50	19.
S6lln	100	—	—	19.
S6hlhaufen i. Th.	400	200	100	19.
M6nster i. W.	400	300	100	19.
Norderny	400	—	—	19.
Oberstein	200	100	50	19.
Osnabr6ck	400	300	100	19.
Pforzheim	400	300	50	19.
Radeberg	300	150	50	19.
Raguhn	300	100	100	19.
Rathenow	300	200	50	19.
Rees	100	50	30	19.
Staßfurt	400	300	100	19.
Stolz	300	300	—	19.
Selbert	400	300	100	19.
S6hrenbach	300	200	100	19.
S6ldsbach	200	—	—	19.
S6sler	300	200	50	19.
S6rsburg	200	100	50	19.
S6rsitz	400	300	100	19.
S6ulzroda	400	200	100	19.
Sirsdorf	200	100	50	19.

* F6r Stimmabstimmungen 2 St. mehr.
Die Nichtbezahlung dieser Extrabeitr6ge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Anforderung zur Rechtfertigung:
Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungskasse Berlin:
Der Schlosser Max Czner, geb. am 17. September 1896 zu Petersburg, Mitgliedsbuch Nr. 4.624.860, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungskasse Dortmund:
Der Schlosser Otto Blombach, geb. am 8. M6rz 1894 zu Warmen, Mitgliedsbuch Nr. 2.011.672, wegen Nichtabliefern eines Buches der Bibliothek.

Auf Antrag der Verwaltungskasse Hagen i. W.:
Der Metallarbeiter Franz Schindowski, geb. am 30. Dez. 1873 zu Hesse, Mitgliedsbuch Nr. 4.2506, wegen Nichtabliefern von B6chern aus der Bibliothek.

6ffentlich ger6gt werden:
Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Hachen (Wormen): Der Bergmann Christian Leifen, geb. am 4. August 1890 zu ?, Mitgliedsbuch Nr. 2.919.904, wegen verbandssch6digendem Verhalten.

Auf Antrag eines Schlichtergerichts in Bielefeld:
Der Metallarbeiter Heinrich Beckmann, geb. am 4. Oktober 1866 zu Bielefeld, Mitgliedsbuch Nr. 4.576.091, wegen unfollegalen Verhalten.

Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Saarbr6cken:
Der Schmelzer Karl Fries, geb. am 6. Juni 1883 zu Saarbr6cken, Mitgliedsbuch Nr. 3.181.476; der Dreher Paul Probst, geb. am 4. September 1885 zu Saarbr6cken, Mitgliedsbuch Nr. 3.913.244; der Maschinist Max Bais, geb. am 20. Februar 1869 zu Schweiningen, Mitgliedsbuch Nr. 3.991.772, alle drei wegen Sch6digung der Verbandsinteressen.

Abgeschloffen werden nach § 23 des Statuts:
Auf Antrag der Verwaltungskasse S6ttern: Der ? Bruno Krieger (Krieger), geb. am 2. August 1897 zu S6ttern, Mitgliedsbuch Nr. 4.522.048, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungskasse M6nster i. W.:
Der Dreher Gustav Defer, geb. am 18. M6rz 1898 zu D6ffelhof, Mitgliedsbuch Nr. 4.500.089, wegen Unterschlagung von Zeilungsmarkten.

Abgeschloffen werden nach § 23 des Statuts:
Auf Antrag der Verwaltungskasse S6ttern: Der ? Bruno Krieger (Krieger), geb. am 2. August 1897 zu S6ttern, Mitgliedsbuch Nr. 4.522.048, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungskasse M6nster i. W.:
Der Dreher Gustav Defer, geb. am 18. M6rz 1898 zu D6ffelhof, Mitgliedsbuch Nr. 4.500.089, wegen Unterschlagung von Zeilungsmarkten.

Abgeschloffen werden nach § 23 des Statuts:
Auf Antrag der Verwaltungskasse S6ttern: Der ? Bruno Krieger (Krieger), geb. am 2. August 1897 zu S6ttern, Mitgliedsbuch Nr. 4.522.048, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungskasse M6nster i. W.:
Der Dreher Gustav Defer, geb. am 18. M6rz 1898 zu D6ffelhof, Mitgliedsbuch Nr. 4.500.089, wegen Unterschlagung von Zeilungsmarkten.

Abgeschloffen werden nach § 23 des Statuts:
Auf Antrag der Verwaltungskasse S6ttern: Der ? Bruno Krieger (Krieger), geb. am 2. August 1897 zu S6ttern, Mitgliedsbuch Nr. 4.522.048, wegen Diebstahl.

Mit kollegialen Gr66en
Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zutug ist fenzubalt

von Feilenhanern nach M6nchen S.;
von Gold- und Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet
Schweiz S.;
von Heizungsmonteurern nach L6denscheid S.;
von Klempnern nach Schwerin St.;
von Metallarbeitern aller Branchen nach Bremen S.;
Finnland: nach Heiligenstadt (Sandb. Maschinenfabrik
K6hne, W6hrle) St.; nach Hoppede, Kreis Drilon i. W.
(Sprengstoff, Grubenlampen- und Akkumulatorenfabrik
pede) St.; nach K6nigsberg i. Pr. St.; nach L6zenburg
nach Marburg a. L. (Fa. Robe) St.; nach Oskpreu6en
Orte des Bez. K6nigsberg) St.; nach S6dtingen a.
(Stenda-Werke G. m. b. H.) S.;
von Walzwerkarbeitern nach Rombach i. Lothr. St.
S. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in S.
St. = Streik; W. = W6hregelung; Mi. = Mi66st6nde; A. = Aussperrung.
Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der
treffende Ort nicht in der Zeitung gelistet ist, Erkundigung bei
zust6ndigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, die
Vorstand einzuholen. Das Schriftst6ck ist von der Verwaltung, der
Mitglied zurzeit angeh6rt, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzurufen
zu lassen.

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

(V. a. G., Hamburg.)
Einnahmen und Ausgaben der Hauptkassette im Monat M6rz 1922.
Einnahmen:
Von den Filialen eingekandt 96.082,50 M. Beitr6ge von Einzelmitgliedern 8049,20. Zinsen 39.687,25. Mieten 1472,70. Sonstiges 3867,98. Zusammen 143.138,58 M.
Ausgaben:
An die Filialen gekandt 99.115,— M. Krankengeld an Einzelmitglieder 1970,08. Sterbegeld 570,—. Verwaltungskosten 128.147,70. Sonstiges 59,50. Zusammen 229.861,62 M.
Ab schlu6:
Ausgaben 229.861,62 M.
Einnahmen 143.138,58 M.
Mehrausgaben 86.723,04 M.
Kassenbestand am 1. M6rz 1922 694.867,81 M.
31. 1922 686.718,57 M.

Sterbekasse f6r Mitglieder der „Allgemeinen Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter“ (V. a. G., Hamburg) und deren Frauen

Einnahmen:
Von den Filialen eingekandt 90.872,50 M. Beitr6ge von Einzelmitgliedern 764,20. Zinsen 19.956,46. Sonstiges 26,90. Zusammen 111.120,86 M.
Ausgaben:
An die Filialen gekandt 57.985,03 M. Sterbegelder an Einzelmitglieder 450,—. Verwaltungskosten 33.871,72. Sonstiges —,—. Zusammen 71.757,65 M.
Ab schlu6:
Einnahmen 111.120,86 M.
Ausgaben 71.757,65 M.
Mehreinnahmen 39.363,21 M.
Kassenbestand vom 4. Quartal 1921 1.181.985,56 M.
1. 1922 1.221.848,27 M.
Alle f6r die Krankenkasse sowie f6r die Sterbekasse bestim�mten Postsendungen sind stets nur an das Büro der Kasse unter der Adresse Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (V. a. G., Hamburg I, Wesenbinderhof 70, zu richten.
Bei jeder Geldsendung an die Hauptkassette ist stets angegeben, der Betrag f6r die Krankenkasse oder f6r die Sterbekasse bestimmt ist und wenn f6r beide Kassen, dann wieviel f6r jede.
Mit Gr66en P. Welvers, Hauptkassierer

Verbands-Anzeigen

Ungehefte gesucht.
Eberswalde. Wir beabsichtigen, zum 1. Juni d. J. f6r unsere Verwaltungskasse einen weiteren Kollegen anzustellen. Bewerber mu6 guter Angewandter, redegewandt sein und reichliche Kenntnisse und Erfahrungen in der Arbeiterbewegung besitzen, sowie in Verhandlungen mit den Unternehmern bewandert sein, demzufolge gute Kenntnisse im Tarif- und Schlichtungswesen aufweisen. Gehaltsregelung nach den Gewerkschaften. Mindestens j6hrliche ununterbrochene Mitgliedschaft. Das Bewerbungsschreiben mu6 Angaben enthalten: 66. Alter, Beruf, Familienverh6ltnis und bisherige T6tigkeit in d. Arbeiterbewegung. Daselbe ist mit der Unschuldigkeitsbescheinigung (sofort an Carl Seidel, Drehtischstr. 3, 1. Et., zu richten).
Gro6-Schdman i. S. Als Kassierer wurde der Kollege Rich. Wenzel, Kirchstr. 612, gew6hlt. Die Zahlung der Unterst6tzung erfolgt Sonnabends von 3 bis 6 Uhr.
Reinholden/Saar. Zum Gesch6ftsf6hrer wurde der Kollege Franz W6lger (Gottesberg) gew6hlt. Den 6brigen Bewerbern besten Dank.

Sonstige Anzeigen

(Zustelken betr. die Arbeiterzeitschriften sind niemals an die Redaktion, sondern an die interessierte Firma selbst, Instruktionen aber stets nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.)
2 t6chtige Dreher f6r Automaten- und Revolverdrehbank, die sich evtl. als Schlichtermeister und Revisor eignen, sofort t6chtig. Autogenschwei6er ebenfalls gesucht. Zahner Maschinenbaugesellschaft m. b. H., Lage in Babelsberg.
5-6 t6chtige Formner f6r allgemeinen Maschinenbau, sofort gesucht. Gute Bezahlung nach Tarif. Wegen Wohnungsmangel werden Unverheiratete bevorzugt. Bei Einstellung wird einmalige Fahrt verg6tet. Angebote an Norddeutsche Druck- und Verlagsanstalt, G. m. b. H., Adl. Eltengasse und Maschinenfabrik, G6ttrichstr. 1, Babelsberg.
T6chtige Metallbr6cker gesucht. Eigenwert Carlsh6tte, S6dostpreu6en.
T6chtige Schleifer f6r Beleuchtungsk6rper bei hohem Lohn f6r dauernde Besch6ftigung gesucht. Angebote an Zeugnisschreibern an Lichttechnische Spezialfabrik Dr.-Ing. Schneider & Co., Frankfurt a. M.
Wagenmonteur, t6chtig, selbst6ndig arbeitend, der sofort gek6ndigt.
Hagen Wagen- u. Maschinenfabrik Paul Thedinga, Hagen i. W. Wir suchen zum sofortigen Beginn einen t6chtigen Schlichtermeister. Eintritt: je zwei t6chtige Dreher und Schrauber-Handwerker.
Einrichter f6r Schrauben-Automaten und Schrauben-Handwerker Schraubenfabrik J6hstadt, G. m. b. H., J6hstadt i. Erzgebirge.
Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Stuttgart, R6telstra6e 16 B.